

LINKES ECHO

Infoblatt der Partei **DIE LINKE.** im Ilm-Kreis

DIE LINKE.

Linkes Echo 17. Jahrgang

Monat Juli 2011

Preis: Spende



**Am 29. Juni 2011 auf der Akropolis in Athen:
„Die Menschen haben die Macht, niemals aufgeben! Organisiert den Gegenangriff!“**

So gesehen... ...wird Pluralismus immer mehr in den Mittelpunkt der innerparteilichen Diskussionen gerückt. Ob von uns selber oder von den Auftragsschreibern der bürgerlichen Medien, spielt leider für kaum einen Genossen oder eine Genossin, welche sich hier beteiligen, eine Rolle. In einer fast schon als widerwärtig zu bezeichnenden Art und Weise wird hier ein riesen Eimer Schmutz in die Partei gegossen, und das über ein Thema, bei welchem wir vor zwanzig Jahren die Hände vors Gesicht geschlagen und uns gewünscht hätten, vor Scham über die Intensionen von anderen Menschen im Boden zu versinken. DIE LINKE als Hort des Antisemitismus. Irrsinn. Rufmord als Mittel der politischen Auseinandersetzung? Gutmenschentum als pseudoreligiöse Ausrichtung gleich mehrerer Strömungen oder doch Strömlinge(?) zum Ablenken von den eigentlichen Problemen?

DIE LINKE. verortet sich in der Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung in Deutschland, aber fängt nun an, höhere Wesen in die Partei zu integrieren? Welche denn, den Gott der Juden, wohl kaum, sonst ja nicht diese Vorwürfe und Anfeindungen. Den Gott der Muslime, den der Buddhisten, den der Taoisten, den der Konfuzianer, den der Bahaii, den der Hindus, den der Ureinwohner Amerikas, den Gott der kleinen Dinge aus den handelsüblichen Ratgebern für überlebensunfähige, „zivilisierte“ Mitteleuropäer, den Gott der Siebentagesadventisten, den Gott der Zeugen Jehovas, den Gott der Scientologen? Kein Anspruch auf Vollständigkeit. Welchen Gott wollen wir denn in einer sozialistischen Partei? Ist Gott nicht Privatsache, eine Sache, die jeder Mensch mit sich selbst ausmachen muss. Eine Sache, die sich nicht in einem Parteiprogramm einer sozialistischen Partei wiederfinden kann, weil die Gott unterstellte Allmacht zumindest programmatisch auf mehrere oder vielleicht doch alle religiösen Richtungen aufgeteilt werden muss, um dem Pluralismus in der Partei gerecht zu werden. Warum lassen wir es nicht einfach weg? Alle sind sich einig, dass niemand innerhalb der Partei, anderen Menschen ihren Glauben absprechen will. Oder soll. Sozialistische Menschen achten einander, das schließt private Dinge und persönliche Grenzen mit ein. Umgekehrt darf der Reflex der Gläubigen nicht sein, wenn zum Beispiel der Papst oder der Metropolit kritisiert wird, dies als Angriff auf die freie Ausübung der Religion oder gar als persönlichen Angriff zu werten. Genauso wenig ist eine Kritik an den Machenschaften der israelischen Regierung und deren Armee ein Angriff auf das Judentum als solches. Antisemitismus in der Partei, das sind einfach bössartige Unterstellungen, wenn hier von Trends oder gar ernstzunehmenden Entwicklungen in der Partei die Rede ist, vielleicht unterstellen die Untersteller, dass alle so denken und handeln, wie sie selber gerne handeln würden, sich aber nicht trauen, und aus diesem Grund ständig nach Haaren in der Suppe suchen, die wir alle versuchen, seit mehr als zwanzig Jahren zu kochen. Schlimm ist, dass diese Beiköche nur darauf bedacht sind, Haare oder Spucke zu finden. Auch auf die Gefahr hin, dass selbige erst einmal in die Suppe befördert werden müssen. Der Feind steht im Inneren, dieser Gedanke zwingt sich mir förmlich auf, wenn ich erlebe, wie die Wortgefechte aus den Strömungen aufeinanderprallen, als ginge es um die Weltrevolution. Dabei geht es um von außen in die Partei getragene Themen, die uns auf dem Weg in eine bessere Zukunft für alle Menschen nicht wirklich sehr weit bringen. Weil sie spalten. Jetzt wird die Partei von Parteigängern in Antisemiten und den Rest, die Guten oder so aufgeteilt. Sogar das nehmen wir den bürgerlichen Feinden unserer Partei ab. Wir zerlegen uns selber.

Wer treibt denn die Genossinnen und Genossen mit einem Beschluss über Antisemitismus in eine Situation, in welcher sie sich aus ihrem politischen Selbstverständnis heraus niemals befanden. Genau diese Menschen hinterfragen nun sich selber, weil es einigen Strömlingen innerhalb unserer Partei so gefällt. Super Methode, die Kampfkraft zu schwächen.

Danke, Strömlinge.

Wenn ich das selbe Verständnis von Partei und Parteilichkeit hätte, wie ihr Spalter innerhalb der Partei, wäre dies sicherlich mein letzter Kommentar im Linken Echo.

Mama

Inhalt:

Unterschiedliche Probleme in Ost und West	Seite 3
Volksbegehreninitiative für gerechte Kommunalabgaben erfolgreich gestartet	Seite 4
Bessere Mitentscheidung der Bürger auch bei „finanzintensiven“ Vorhaben	Seite 5
Veranstaltung der Landes-AG Cuba si Thüringen	Seite 6
Kann man die Linkspartei wählen?	Seite 7
Mitglieder für Frank Kuschel als Bürgermeisterkandidat	Seite 8
Aktion Stolpersteine – Erinnerung an jüdisches Leben in Arnstadt	Seite 9
Nach fünfzig Jahren – Der 13. August 1961	Seite 10
Neumitgliedertreffen in Ilmenau - Besuch in der Partnergemeinde Vouzier in Frankreich	Seite 11
Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion - „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“	Seite 13
Der Verwandte des Glasbläfers	Seite 14
Gedanken zum Kindergarten-Neubau in Gräfenroda	Seite 15
Termine	Seite 16

Unterschiedliche Probleme in Ost und West

Von der Kreisvorsitzendenkonferenz in Hannover: Die Vorständler wollten wissen, wie die Parteibasis reagiert

Für Sonntag, den 26. Juni, hatte der geschäftsführende Bundesvorstand der Linkspartei zu einer Kreisvorsitzendenkonferenz in das Design-Hotel-Wienecke nach Hannover eingeladen. 220 Kreisvorsitzende und damit gut zwei Drittel der Eingeladenen aus ganz Deutschland waren gekommen, was vom großen Interesse zeugte. Die Konferenz war zunächst abgesagt worden. Aber nach Protesten wurde diese Entscheidung zurück genommen.

Wichtiges Anliegen dieser Konferenz war es, so sagte es Caren Ley bei der Begrüßung, dass nicht der Bundesvorstand die Linie hier vorgeben will, wie das vor Wochenfrist Frau Merkel bei der CDU gemacht hat, sondern die Vorständler sollten wissen, wie die Parteibasis auf die gegenwärtige Situation in der Partei reagiert, welche Probleme es gibt und wie Lösungsansätze aussehen könnten. Anlass für Nachfragen gab und gibt es ja zuhauf.

Ohne einleitendes Referat funktioniert auch eine basisdemokratisch angelegte Konferenz nicht. In Hannover sprach als erster Klaus Ernst. Es war eine gute Rede. Es gab viel Beifall. Gut seine Argumentation zum Antisemitismus (Wer Menschen diskriminiert, weil sie Juden sind, ist ein Antisemit) und sein Bekenntnis, bei künftigen Entscheidungen innerhalb der Partei die Mitglieder stärker einzubeziehen. Klaus Ernst schlug unter anderem vor, Parteivorsitzende künftig per Urwahl durch die Mitglieder wählen zu lassen.

In sieben parallelen Foren wurde die Konferenz fortgesetzt. Es ging um das neue Parteiprogramm, die strategische Orientierung der Partei, die Mitgliederergewinnung, Qualifizierung, Öffentlichkeitsarbeit, Geschlechtergerechtigkeit und Finanzen.

Ich war im Forum 2: „An welche Bevölkerungsgruppen richtet sich DIE LINKE vor Ort mit ihren Inhalten?

Welche Themen müssen in der nächsten Zeit im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen? Zur weiteren strategischen Orientierung der LINKEN“.

Mit mir waren gut 40 Leute in diesem Forum. Bei zwei Stunden Zeit und über 20 angezeigten Redebeiträgen war nicht nur Disziplin gefordert, sondern auch die Fähigkeit, sich zuzuhören. Die aktuelle Lage in den Kreisverbänden ist unterschiedlich. Die „Westverbände“ haben andere Probleme und Erfahrungen als die aus dem Osten. Trotzdem, die zwei Stunden Diskussion wurden durchgehalten. Auch bis weit in die Mittagspause hinein blieb das Forum zusammen.

Ich hatte mich auch zu Wort gemeldet und habe vor allem davon gesprochen, wie wir versucht haben, die Arbeit des Kreisverbandes nach den Wahlen im Jahr 2009 zu organisieren. Die erfolgreichen Bürgermeisterwahlen 2010. 2011 ist in allen Bürgerbewegungen im Kreis einer von uns entscheidend mit dabei. Petra Enders beim Kampf gegen die 380 kV-Leitung, Frank Kuschel beim Volksbegehren für gerechte Kommunalabgaben und auch bei dem am 1. Juli beginnenden ersten kreisweiten Bürgerbehren in Thüringen, „Lasst die Schule im Dorf!“ sind wir aktiv mit einbezogen.

„Damit“, so habe ich dort ausgeführt, „wollen wir linke Politik vor Ort weiter erlebbar machen und hegen natürlich die Hoffnung, dass sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen im nächsten Jahr positiv in Szene setzen können und wir darüber hinaus Schwung aufnehmen, mit dem wir 2013 die Bundestags- und 2014 die Landtags- und Kommunalwahlen erfolgreich gestalten können“.

Wie Nachfragen in der Pause zeigten, ist das offenbar ganz gut angekommen.

Den Foren schloss sich eine Zusammenführung der Ergebnisse im Plenum an. Nur kurz das aus meiner Sicht Bemerkenswerte: Das Forum 6 „Maßnahmen zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit in unserer Partei“ musste wegen mangelnden Interesse ausfallen. Aber ein Blick in die Runde hat gezeigt, wir sind offensichtlich viel weiter mit der Geschlechtergerechtigkeit, als mancher

meint. Ich habe die Frauen Kreisvorsitzende nicht gezählt. Es war nicht die Hälfte, aber ein gutes Drittel war es bestimmt.

Klare Ansage auch aus dem Forum 7. Die dort versammelten Kreisvorsitzenden sprachen sich eindeutig gegen weiteres Personal in der Geschäftsstelle des Bundesvorstandes aus und erteilten der Sanierung des Karl-Liebknecht-Haus in Höhe von sechs Millionen Euro eine Absage!

Werner Dreibus, der die Abschlussrunde bis dahin recht locker moderierte, hat dabei wohl etwas geschluckt.

Abschlussrede und Ausblick war die Aufgabe von Gesine Löttsch. Sie hat es auf den Punkt gebracht mit Bertolt Brecht: Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Da sagte der Arme bleich: „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“. Nicht nur wegen dieses Zitates, Gesine hat gut gesprochen.

Beide Vorsitzende haben an Profil gewonnen.

Das kann man als ein erstes Ergebnis dieser Konferenz stehen lassen. Ein zweites, ich täusche mich hoffentlich nicht, die Lage an der Parteibasis ist wesentlich entspannter als man gelegentlich wahr nimmt und die Kreisvorsitzenden wissen, auch wenn wir in der öffentlichen Wahrnehmung gegenwärtig eine Delle durchlaufen und uns die Grünen ein bisschen den Schneid abkaufen: Unsere Themen, soziale Gerechtigkeit, Frieden und mehr Demokratie sind nicht vom Tisch. Wir kommen wieder!

Für diese Erkenntnis hat sich diese Kreisvorsitzendenkonferenz gelohnt.

Eckhard Bauerschmidt

Volksbegehrensinitiative für gerechte Kommunalabgaben erfolgreich gestartet

LINKE unterstützt überall in Thüringen Unterschriftensammlung für den Zulassungsantrag

Mehr als 500 Unterschriften zur Unterstützung des Zulassungsantrags für das geplante Volksbegehren „Gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben in Thüringen“ konnten bereits am ersten Tag gesammelt werden – die meisten in Erfurt, Ilmenau und Suhl. So dürfte das Ziel von mindestens 5.000 Unterschriften innerhalb der nächsten sechs Wochen gut zu schaffen sein. Die Linksfraktion hatte vor dem offiziellen Beginn des Landtags der offenen Tür am 25. Juni den Initiatoren der Thüringer Bürgerallianz ihren Sitzungsraum zur Verfügung gestellt, um den Startschuss zur Sammlung zu geben. Vor zahlreich erschienenen Unterstützern und



Sabine Berninger gehört zu den ersten Menschen, die ihre Unterstützungsschrift gegeben hat

auch Medienvertretern betonte Peter Hammen, Landesvorsitzender der Bürgerallianz und, wie auch Rechtsanwältin Susan Rechenbach, Vertrauensperson des Volksbegehrens (unser Foto bei der Eröffnung der Unterschriftensammlung), die völlig verfehlte Kommunalabgabenpolitik der Landesregierung, die die Bürger vor allem im ländlichen Raum über die Maßen belastet. Ziel der Volksbegehrensinitiative ist es, dass die Abwasserinvestitionen ausschließlich über die Gebühr finanziert werden und anstelle

der Straßenausbaubeiträge eine so genannte Infrastrukturabgabe erhoben wird.

Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow gehörte wie zahlreiche weitere Landtagsabgeordnete der LINKEN zu den Erstunterzeichnern des Zulassungsantrags. Ihre Wahlkreisbüros stehen vor Ort als Ansprechpartner bei der Orga-

nisation der Unterschriftensammlung zu Verfügung. Nähere Informationen auch auf der Internetseite:

www.volksbegehren-kommunalabgaben.de

Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion wies jetzt außerdem darauf hin, dass offenbar der Investitionswahnsinn im Abwasserbereich fortgesetzt werden soll: „Seit 1990 wurden in Thüringen rund vier Milliarden Euro in Abwasserbeseitigungsanlagen investiert. Rund 1,7

Milliarden Euro Fördermittel kamen dabei zum Einsatz. Den ‚Rest‘ müssen die Bürger über Abwasserbeiträge und -gebühren finanzieren. Bisher wurden mehr als 800 Millionen Euro Abwasserbeiträge gezahlt, rund 300 Millionen für unbebaute aber bebaubare Grundstücke, und übergroße Grundstücke wurden langfristig gestundet.

Bereits jetzt übersteigen die Abwasserinvestitionen in Thüringen pro Einwohner den bundesdeutschen Durchschnitt. Doch der Landesregierung und den kommunalen Aufgabenträgern sind diese Investitionen noch nicht genug. Es soll kräftig weiter in zentrale Abwasseranlagen investiert werden und dies trotz Einwohnerrückgang und technischer Alternativen für dezentrale Anlagen.“

Frank Kuschel bezieht sich dabei auf den Thüringer Umweltminister Jürgen Reinholz (CDU), der am 6. Juni angekündigt hatte, dass bis 2015 weitere rund 410 Millionen Euro in zentrale Abwasseranlagen investiert werden sollen. 50 Prozent dieser Investitionen sollen vom Land gefördert werden. 16 neue Kläranlagen sollen entstehen. 34 bereits bestehende Abwasseranlagen sollen ausgebaut werden.



Wasser-Abwasser Widerspruch

Regionalausgabe für Arnstadt und Umgebung erhältlich in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE und im Wahlkreisbüro von Sabine Berninger. Bestellungen auch unter 03628 660624.

Bessere Mitentscheidung der Bürger auch bei „finanzintensiven“ Vorhaben

Mehr-Demokratie-Tagung zusammen mit LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Warum sind finanzielle Gestaltungsfragen der direkten Demokratie bisher entzogen? Was muss getan werden, um in Thüringen bei Finanzen mehr direkte Mitentscheidung der Einwohner in Land und Kommune zu ermöglichen? Wann sind Bürgerhaushalte wirkungsvolle Mitgestaltungsinstrumente? Diese und andere Fragen haben am 23. Juni im Landtag Bürger mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis sowie Politikern aus der Landes- und Kommunalebene intensiv diskutiert.

Das Volksbegehren „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ war deswegen vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof gescheitert. Auch beim laufenden Volksbegehren zu den Kommunalabgaben droht ein Stopp durch den sogenannten „Finanzvorbehalt“, also das gesetzliche Verbot, durch Volksbegehren Gesetzesvorschläge zu machen, die den Landshaushalt, Personalfragen oder auch Steuern bzw. Abgaben betreffen und über eine bestimmte finanzielle Schwelle hinausgehen. Jedes Volksbegehren bewegt sich damit auf sehr unsicherem Terrain. Und das Problem besteht vergleichbar auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Kommunen.

Zur Veranstaltung „Sind die Ideen der Bürger unbezahlbar? – Bürgerbeteiligung und Finanzen“ hatten in Zusammenarbeit mit dem Bündnis für „Mehr Demokratie in Thüringen“ die Fraktionen von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingeladen. Es gehe darum „wie die direkte Demokratie ausgestaltet sein muss, damit sie nutzbar ist“, hatte Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Demo-

kratie-Bündnisses, betont. Dass es auch ganz anders geht, zeigte der Blick in die Schweiz. Martin Bühler, Generalsekretär des „IRI Europe“, eines Forschungsinstituts für die Themenfelder direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, stellte die schweizerische „Neue Alpeneisenbahntransversale (NEAT)“ vor, die der Verlagerung des LKW-Verkehrs von der Straße auf die Schiene dient und deren Kernstück der Bau des neuen Gotthard-Basistunnels ist. Die NEAT war durch Referendum beschlossen worden, dabei stimmten die Bürger auch zu, dass zur Finanzierung Steuererhöhungen und neue Abgaben kamen. Untersuchungen belegen seit langem, so Bühler, „dass die Bürger für die sinnvollsten Lösungen votieren“ - und „das sind dann auch die effektivsten und günstigsten“.

In der Podiumsdiskussion mit Vertretern aller fünf Landtagsparteien unterstrich Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, dass die Bürger bei Problemen, die ihnen „auf den Nägeln brennen“ (Kommunalabgaben, Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen oder Energie- und Infrastrukturprojekte) „teilhaben und mitwirken wollen und müssen“ und begründete die Notwendigkeit, den Finanzvorbehalt abzuschaffen.

Erfahrungen mit Bürgerhaushalten legten kommunale Vertreter aus Großbreitenbach, Erfurt und Jena dar. Am Beispiel Großbreitenbach, vorgestellt von Steffen Janik, der als engagierter Bürger die Funktion des unabhängigen ehrenamtlichen Koordinators für das Bürgerhaushaltsprojekt übernommen hat, wurde deutlich: Eine kontinuierliche, auf transparente Information

und Kommunikation angelegte „Netzwerkarbeit“ bringt engagierte Beteiligung bei Bürgerhaushalten. Stadträtin Kathrin Hoyer berichtete aus der Sicht einer Kommunalabgeordneten über ihre Erfahrungen mit dem Bürgerhaushaltsverfahren in Erfurt, während Frank Jauch, Finanzdezernent in Jena, den Blickwinkel der Kommunalverwaltung einbrachte.

Prof. Norbert Kersting (Lehrstuhl für Kommunal- und Regionalpolitik, Uni Münster), seit langem mit den Themen Bürgerhaushalte, Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie befasst, ging der Frage nach, wie Bürgerhaushalte gestaltet sein sollten, damit die Bürger wirklich Einfluss nehmen können. Er plädierte dafür, Verfahrensfragen zu Bürgerhaushalten regelungssicherer auszugestalten und mit Elementen der kommunalen direkten Demokratie zu verbinden. In der Abschlussrunde machte Martina Renner den Vorschlag, dieses Modell für Thüringen praktisch weiterzuentwickeln. Zuvor hatte Prof. Roland Geitmann, emeritierter Professor an der Verwaltungshochschule Kehl, die Regeln für Volksbegehren und Bürgerbegehren in Thüringen unter die Lupe genommen, auf bestehende Hindernisse bei Mitbestimmung in finanzielle Angelegenheiten abgeklopft und Änderungsvorschläge vorgestellt.

Mehr Informationen zu dieser inhaltsreichen Veranstaltung in einer der nächsten Ausgaben des Parlamentsreports.

Sandra Steck

Veranstaltung Cuba si



Veranstaltung der Landes-AG Cuba si Thüringen im Schülerfreizeitzentrum Ilmenau am Samstag 16.Juli 2011:

13:00 „Aktuelles aus Kuba“ – es berichtet **Lien Alfonso Pérez**, verantwortlich für Solidaritäts- und Pressearbeit der **kubanischen Botschaft**;

bis

15:00 Uhr

16:00

bis

18:00 Uhr

Vortrag „**Naturschutz in Kuba unter besonderer Berücksichtigung des Nationalparks „Alejandro de Humboldt“**“ in der Provinz Guantánamo (Autoren: *Francisca Navarrete vom CITMA Guantánamo und Jochen Schneider, FG Wuppertal*)

Vortrag **in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung:**

19:00 Uhr

„José Martí – Mensch, Poet, Befreiungskämpfer“

mit **Alexis Fernández Acre, Havanna**

Der Vortrag bezieht Ausschnitte aus dem preisgekrönten Film: **„José Martí - El ojo del canario“** (*Das Auge des Kanarienvogels*) des berühmten kubanischen Regisseurs Fernando Pérez und kurze Lesungen aus den Werken Martí ein.

M - 26 - 7

Kann man die Linkspartei wählen?

Ist die Linke ein wählbare Alternative, wenn SPD und Grüne nicht mehr in Frage kommen? Oder ist sie ein Haufen, der von dumpfbackigen Westlinken dominiert wird?

A.SCHARENBERG &
J.FEDDERSEN

Wählbar? Trotz Lafontaine? Oder sogar wegen ihm? Bereits die Frage ist Ausdruck des Problems. Natürlich kann man prinzipiell jede demokratische Partei wählen. Nur, mit Blick auf die Linkspartei gefragt, wen sollte man denn sonst wählen? Die SPD ist fest im Griff der Schröderianer, personell am Ende und programmatisch mausetot. Und die Grünen, die bereits in der rotgrünen Bundesregierung "Yes, we can!" zu Deregulierung, Hartz IV und Kosovokrieg sagten, bewegen sich - langsam, aber sicher - immer weiter auf ihr liberales Pendant und auf die schwarz-grüne Option zu.

Es gibt aber auch positive, inhaltliche Gründe, die für die Linkspartei sprechen: Sie hat die besten Vorschläge zur Re-Regulierung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft (und, für Besserwisserwähler, sie hatte diese bereits lange vor dem Herbst 2008). Für diejenigen, die sich nicht daran gewöhnen wollen, dass Deutschland wieder Krieg führt, ist Die Linke die einzige Partei, die eine Exit-Option für Afghanistan verlangt. Und mit Blick auf das rot-grüne Projekt Hartz IV fordert sie massive Nachbesserungen, die, würden sie umgesetzt, durchaus eine Annäherung an ein Grundeinkommen bedeuteten.

Hinzu kommt ein weiterer, allzu oft vernachlässigter Grund: Die Linkspartei ist nämlich viel libertärer, als die Lafontaine-zentrierte Medienberichterstattung gemeinhin nahelegt - gerade im Osten der Republik, wo, um nur ein Beispiel zu nennen, immer wieder so viele Schwule und

Lesben in Führungspositionen gewählt werden, dass man denken könnte, es gebe ein gesondertes Förderprogramm.

Zugegeben: Die Geburtswehen der noch jungen Linkspartei tun mitunter weh - auch mir. Und trotzdem: Wo sonst gibt es so etwas wie linken Aufbruch? In der SPD, etwa mit Andrea Nahles? Come on! Bei den Grünen? Deren sympathischer Neuzugang Sven Giegold sitzt ja bereits im Europaparlament. Die Linke hingegen besteht beileibe nicht nur aus Oskar Lafontaine. Und ihre Zukunft gehört ohnehin der jungen Generation, gehört Leuten wie Katja Kipping, Halina Wawzyniak und Klaus Lederer.



ALBERT SCHARENBERG ist Redakteur der Blätter für Deutsche und Internationale Politik

Eines der Grundübel sogenannter linker Politik ist, dass deren ProtagonistInnen sich vor jeder Politik fragen, ob das, was sie tun, auch links ist.

Links zu sein ist für die sogenannte Linke der alten Bundesrepublik eine Sache der inneren Feierlichkeit, aber nicht eine im Sinne praktischer Arbeit in Parlamenten. Die PDS, für altwestdeutsche Gemüter unverständlich, ist eine Volkspartei gewesen, in der Grüßonkel wie Hans Modrow oder Folkloretribuninnen wie Sahra

Wagenknecht dem Laden gewisse sozialistische Girlanden verliehen, aber pragmatischer Politik nicht im Wege standen. Die PDS auf dem Gebiet der früheren DDR war und ist: erfolgreich. Sie ist die Partei der Nachbarschaftlichkeit, der pädagogischen Nachhilfe auf dem Weg in den "Westen", sie versteht es, Politik als Konzept der partizipatorischen Nähe zu entwickeln. Besonders die Berliner PDS ist hier zu loben: verantwortlich sich zeigend für eine finanzklamme Metropole, Sparvorschläge dort verortend, wo sie den öffentlichen Dienst verschlanken helfen - was ein ohnehin marxistischer Ansatz ist -, und obendrein nicht, nun ja, linksradikal-spinnert. Diese Partei ist jene, die Europa wertschätzt und den Kapitalismus nicht abschaffen, sondern, freier, ihn effizienter haben möchte - im Sinne der Freiheit von echten Liberalen, nicht von Marktengrenzern.

Mit Oskar Lafontaine ist diese Partei nicht genießbar. Er verfolgt eine alte Kominternstrategie, nach der die kapitalistische Krise beschleunigt werden müsse, um das Volk zur Revolution zu treiben. Eine Partei, die Leute

wie André Brie oder Sylvia-Yvonne Kaufmann nicht für das EU-Parlament hat kandidieren lassen - die braucht kein libertärer Mensch. Diese Partei, in der einer wie Dieter Dehm Schneisen der Einschüchterung schlägt, ist keine Stimme wert. Gregor Gysi und all die anderen der Guten und Fähigen, Bisky, Brie, Kaufmann, Hoell, Ramelow, Kipping oder Pau, wären wählbar. Aber die Erbschaften der dumpfbackigen Westlinken - die schlage man doch besser aus!

JAN FEDDERSEN ist Autor und Taz-Redakteur für besondere Aufgaben

Mitglieder für Frank Kuschel als Bürgermeisterkandidat

Am 18. Juni trafen sich die Mitglieder des Stadtverbandes der Partei die LINKE. Arnstadt in der Wiesendiele an Arnstadts südlichem Stadtrand. Auf der Tagesordnung standen zwei Hauptpunkte, die man durchaus als „historisch“ und „perspektivisch“ bezeichnen kann.

Der historische Tagesordnungspunkt war die Rechenschaftslegung der Stadtratsfraktion der Partei durch Steffen Dittes. In Anbetracht seines baldigen Ausscheidens aus der Fraktion aufgrund seines Umzuges wurde die Rechenschaftslegung zugleich zu einem Rückblick auf seine ganz persönliche Arbeit als Stadtrat und auch als Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion. Anhand mehrerer Beispiele konnte Steffen deutlich machen, wie schwer sich die Arbeit unserer Fraktion im Arnstädter Stadtrat gestaltet, trifft diese doch ständig auf eine „gutbürgerliche“ Mehrheit, die jedoch letztlich nur in dem Punkt einig erscheint, wenn es darum geht, ohne Ansehen der konkreten Fragestellungen sämtliche Anträge und Vorschläge der LINKEN nur aus dem Grund abzulehnen, dass die Antragsteller nun einmal die sind, die sie sind. Zugleich konnte er jedoch auch darauf verweisen, dass die Fraktion sich an diesem Kampf gegen Windmühlen nicht abgenutzt hat, sondern vielmehr andere und manchmal auch sehr unkonventionelle Mittel und Wege fand, gegen dieses Gebaren des politischen Gegners vorzugehen, und so konnte Steffen trotz der bestehenden Mehrheitsverhältnisse auf verschiedene Erfolge der Fraktion verweisen, in Arnstadt soziale und kompetente Politik zu betreiben.

So eindrucklich und auch wichtig Steffens Ausführungen auch waren, so stand doch sein historischer Exkurs deutlich im Schatten des zweiten, des

perspektivischen Tagesordnungspunktes. Die Mitglieder des Stadtverbandes hatten über die Aufstellung des Kandidaten der LINKEN für die Bürgermeisterwahl in Arnstadt im kommenden Jahr zu entscheiden.

Mit Beginn des Wahlteils der Mitgliederversammlung stand nur ein Name auf der Liste der potentiellen Bürgermeisterkandidaten: Frank Kuschel, für dessen Kandidatur sich im Vorfeld



auch der Stadtvorstand der Partei ausgesprochen hatte. Bereits in der vormonatigen Gesamtmitgliederversammlung hatte der Vorstand die Mitglieder aufgerufen, sich intensiv mit der Frage eines Bürgermeisterkandidaten und einer potentiellen Kandidatur Franks zu beschäftigen. Dieser Aufruf zeigte auf der Versammlung am 18. Juni Erfolg, wurde doch eine sehr offene Diskussion über pro und contra Frank als Bürgermeisterkandidat geführt. Weitere Kandidaten wurden jedoch nicht benannt, vielmehr war es die einhellige Meinung aller, die sich an der Diskussion beteiligten,

dass die Partei mit Frank einen kommunalpolitischen Experten ins Rennen schicken würde, der in Arnstadts politischer Gesellschaft einzigartig da steht und der sich mit seinen Kenntnissen und seinem Einsatz bundesweit einen Namen als echter Bürgerpolitiker gemacht hat.

Nach dem formalen Schluss der Kandidatenliste stand Frank den anwesenden Genossinnen und Genossen Rede und Antwort, wobei er sich nicht mit seinen allgemeinen Lebensdaten aufhielt, die ja den Anwesenden durchaus bekannt waren, sondern ein klares Bild seiner Vorstellungen bezüglich einer tragfähigen, sozialen Politik in und für Arnstadt zeichnete. Dabei betonte Frank, dass mit dem Kommunalwahlprogramm des Jahres 2009, das ja auch die Basis der Stadtratsfraktionsarbeit darstellt, auch eine fundierte Grundlage für die Arbeit eines roten Bürgermeisters im Roten Rathaus von Arnstadt vorliegt.

Zugleich wies Frank auch darauf hin, dass ihm die Konsequenzen seiner Kandidatur als Bürgermeister der Stadt Arnstadt für seine regionale, überregionale und bundesweite politische Arbeit voll und ganz bewusst sind, der

Kampf ums Bürgermeisteramt ist kein Spiel für Nebenbei sondern fordert den ganzen Menschen und Politiker.

Nach Abschluss aller Formalien erfolgte der Wahlgang, in dem Frank von den anwesenden Mitgliedern mit 86 Prozent als Bürgermeisterkandidat der Arnstädter LINKEN gewählt wurde. Der Arnstädter LINKEN steht ein arbeitsreiches Jahr bis zur Bürgermeisterwahl bevor, in das wird dank der Entscheidung der Gesamtmitgliederversammlung mit einem hervorragend geeigneten Kandidaten gehen.

E.B.

Aktion Stolpersteine – Erinnerung an jüdisches Leben in Arnstadt

Schon das fünfte Mal wurden in Arnstadt für vormals hier lebende jüdische Bewohner Stolpersteine durch den Künstler Gunter Demnig verlegt. In diesem Jahr wurden 19 Stück, davon 13 in der Fleischgasse 1A und sechs in der Rankestraße 1, für die jüdischen Familien Heilbrunn und Rosenbaum verlegt.

Die Verlegung der Stolpersteine berührt mich und meine Familie immer sehr. In Berlin, wo ich die ersten Jahre meiner Kindheit verlebt habe – ich wurde 1938 geboren –, lebten sehr viele Menschen jüdischer Abstammung. Meine Eltern und ich lebten mit diesen liebenswürdigen Menschen Tür an Tür im Haus am Franz-Mehring-Damm. Es gab viele jüdische Geschäfte, viele waren als Bäcker, Lehrer, Verwaltungsangestellte oder Viehhändler tätig.

Sehr schwach ist mir noch in Erinnerung, wie die mit uns zusammen im Haus lebende jüdische Familie (älteres Ehepaar mit erwachsener Tochter) regelrecht aus dem Haus getrieben wurde. Der ohrenbetäubende Lärm in der Straße war nicht zu überhören, ebenso nicht die Schreier derer, die dies alles inszenierten. Meine schwache Erinnerung wurde wach gehalten durch häufige Erzählungen meiner Eltern.

Unser Oma, Frau Erika Böttcher, und wir haben vor Jahren in Arnstadt einen Stolperstein für die Familien Gutmann gespendet. Unsere Oma kannte diese Familie sehr gut. Im März dieses Jahres verstarb sie, und ich bat Verwandte und Freunde, auf üppigen Grabschmuck zu verzichten und mit Spenden die Aktion Stolpersteine in diesem Jahr zu unterstützen. Wir waren sehr überrascht, denn es kam das Geld für drei Stolpersteine zusammen. Das Geld wurde sogleich für diese Aktion überwiesen. Dafür allen beteiligten Verwandten und Freunden unser großes Dankeschön.

Anneliese und Manfred Wahl



Gunter Demnig vor dem Haus Fleischgasse

Am 20. Juni kamen zu den bisher schon in Arnstadt verlegten 75 Stolpersteinen 19 weitere dazu – unter großer öffentlicher Teilnahme, darunter auch Verwandte der ehemaligen Mitbürger und viele Schüler. Der inzwischen überall in der Bundesrepublik tätige Aktionskünstler Gunter Demnig lässt diese Stolpersteine in das Pflaster vor den Häusern ein, wo jüdische Bürger lebten, die von den Nazis verfolgt, drangsaliert und oft auch ermordet wurden. Jugendpfleger Jörg Kaps, der sich in Arnstadt federführend um das Stolpersteinprojekt kümmert, hat zu allen recherchiert. In der Fleischgasse 1A wird an 13 Menschen erinnert, die Familie Heilbrunn

und die Familie Rosenbaum. In der Rankestraße 1 wurden die Stolpersteine für Esther Rosenbaum und ihre Kinder verlegt. Vater Salomon Rosenbaum betrieb ein Geschäft für Herren- und Damenkonfektion in der Marktstraße, später in der Rankestraße. Er starb vor 1933 und hat einen Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Arnstadt. Seiner Frau und den Kindern gelang 1939 die Flucht nach England, seine Schwester wurde deportiert und ermordet, Hertha Rosenbaum wurde 1942 im berüchtigten Vernichtungslager Sobibor umgebracht.



Vor dem Haus Rankestraße 1

Nach fünfzig Jahren – Der 13. August 1961

Fortsetzung und Abschluss der Artikelserie – Historische Ereignisse. Teil 8

Die Grenzen sind seit über zwanzig Jahren verschwunden. Die Blockkonfrontation zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag ist seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Geschichte. Der Warschauer Vertrag wurde mit dem Zerfall der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ aufgelöst. Jedoch das auf Krieg ausgerichtete Militärbündnis NATO der ehemals westlichen Staatengemeinschaft existiert weiter. Die Bundesrepublik Deutschland spielt in diesem Bündnis nach dem Beitritt der DDR zur BRD im Jahre 1990 eine entscheidende Rolle. Die BRD ist seit dem Jugoslawien-Krieg 1999 mit ihrer Bundeswehr an Kriegen bis in die Gegenwart aktiv beteiligt. Das zwischen der BRD und der DDR vereinbarte politische Bekenntnis: „Vom deutschen Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen, sondern nur Friede“, hat für das Deutschland von heute seine Bedeutung verloren. Es wird durch die Bundesregierung mit Füßen getreten. „Bündnis-Verpflichtungen“, „Humanitäre Hilfe“, so die Worte für deutsche Kriegsbeteiligungen, als Begründung.

Doch mit dem Untergang der DDR im Jahr 1990 ist die Spaltung Deutschlands nicht überwunden. Es existiert noch immer das Deutschland West als Macht ausübender Teil und das Deutschland Ost als untergeordneter Teil auf vielfältige Weise.

Was den alltäglichen Umgang mit den nunmehrigen Einwohnern der „neuen“ Bundesländern angeht, so spüren sie dies im Alltag, auch nach über zwanzig Jahren: Sie sind Bürger zweiter Klasse in diesem „einheitlichen“ Deutschland. Was die nicht mehr existierende DDR angeht, so heißt sie in der alltäglichen Umgangssprache „die zweite deutsche Diktatur“. Jedes runde Jubiläum wird

benutzt zur „Beweisführung“ für die „Rechtmäßigkeit“ des Begriffes DDR-Diktatur im Alltag der BRD.

Das runde Jubiläum im Jahr 2011 heißt: Mauerbau vor fünfzig Jahren. Ganze Heerscharen von Historikern, Politikern von gestern und heute, angebliche Zeitzeugen und solche, die meinen es zu sein, Dokumente, die passend zurecht geschnitten werden. Bücher und Filme werden aufgeboten, um die Maßnahmen der Sowjetregierung, der Staaten des Warschauer Vertrages einschl. der DDR zu „beweisen“ und zu dokumentieren, wie unrechtmäßig diese Entscheidungen vom Sommer 1961 waren.

In den vorangegangenen Beiträgen wurden Ursachen und Fakten, die zu diesen Maßnahmen führten, dargelegt. Der Buchtitel „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“ von Kessler/Streletz bringt dies nochmals auf den Punkt. Auch die Feststellungen des damaligen Präsidenten der USA, J.F. Kennedy: „Warum sollte Chruschtschow eine Mauer errichten, wenn er tatsächlich vorhätte, sich Westberlin einzuverleiben? > argumentierte er < „Das ist sein Ausweg aus einer schlimmen Lage... Eine Mauer ist tausendmal besser als ein Krieg“. [1]

Ja, es gab keinen Krieg. Die Lage entspannte sich in Europa, daran sollten die heute lebenden Generationen denken, wenn sie Krokodilstränen vergießen wegen des Leids, das auch die „Mauer“ mit sich gebracht hat. Wer würde von denen leben, wenn es wegen Berlin einen atomaren Krieg in Deutschland und damit in Europa gegeben hätte? Die damaligen „mächtigsten Männer der Welt“, Chruschtschow und Kennedy, haben mit der Entscheidung und der Duldung dieser Entscheidung zugunsten von Frieden auch aus der Sicht nach fünfzig Jahren weiser gehandelt, als diejenigen, die heute meinen, das Recht zu haben, über diese Entscheidungen urteilen zu können.

Ja, diese „Mauer“ und das damit verbundene Grenzregime zwischen beiden deutschen Staaten, das ein Grenzregime zwischen zwei der damals mächtigsten Militärblocke war, die die Welt bis dahin kannte, brachte Opfer und Tote, von denen jedes eines zu viel war, aber es brachte auch Europa Frieden. Das ist zu bedenken.

Zu bedenken ist aber auch, jede Entscheidung hat eine Vorgeschichte. Diese Vorgeschichte heißt, die Frage zu beantworten, wer spaltete Deutschland? Wer wollte mit der Politik der Spaltung Deutschlands das Land, das die meisten Opfer bei der Zerschlagung des faschistischen Deutschlands brachte, um den Preis dieses Sieges bringen?

Die Ursachen für die Entscheidungen liegen bereits im Jahr 1947, als die westlichen Siegermächte begannen, sich von einer gemeinsam vereinbarten Deutschland-Politik zu verabschieden. Sie liegen dort, wo nach dem gemeinsamen Sieg über Hitler-Deutschland ein neuer Krieg begann, der Kalte Krieg.

Bedenken wir auch, die beiden deutschen Staaten, Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik, wurden erst im Jahr 1990, mit der Ratifizierung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages, aus der Verantwortung durch die Siegermächte der Antihitler-Koalition entlassen, für die sie bis zu diesem Datum, seit dem 8. Mai 1945, die Verantwortung getragen hatten.

Es ist der Blick in die Geschichte des 20. Jahrhunderts, der mit dieser Artikelserie zum Thema 13. August 1961 hergestellt werden sollte.

Jochen Traut

Quelle: [1] Burner, David. John.F.Kennedy, Der Traum von einer besseren Welt, München: Wilhelm Heyne Verlag, Deutsche Ausgabe 1992. Seite 118

Impressum

Und es wird in jener Zeit Gerüchte von Dingen geben, die vom rechten Weg abkommen, und es wird große Verwirrung herrschen, wo die Dinge wirklich liegen, und niemand wird wissen, wo jene kleinen Dinge mit dieser Art von Fuß aus Bast liegen, die einen Henkel haben, sie werden nicht da sein. Amen. Langweiliger Prophet

Für den Inhalt dieser Ausgabe zeigen sich Sabine Berninger, Thomas Schneider, Annette Rudolph und Jochen Traut verantwortlich. Anschrift der Redaktion: Wahlkreisbüro Sabine Berninger, Zimmerstraße 6, Tel.: 03628/660624 Fax: 03628/660671; e-mail: WKB-Berninger@t-online.de Die nächste Ausgabe des „Linken Echos“ erscheint ca. am 07.08. 2011. Auch im Netz unter: <http://www.die-linke-ilmkreis.de>

Neumitgliedertreffen in Ilmenau

Am 21. Juni 2011 kamen im Ilmenauer Schüler- und Freizeitzentrum an den Großen Teichen einige Mitglieder des Kreisvorstandes und sage schreibe 4 Neumitglieder der Partei zusammen.

Ziel der Veranstaltung, die unter der Rubrik „Neumitgliedertreffen“ stattfand.

Seit dem Jahr 2009 haben sich ca. 40 Menschen entschieden, in unserer Partei mitzumachen. Mitmachen, oder doch nur dabei sein?

Wir haben ca. 40 Einladungen versandt und haben nur einen sehr geringen Teil an wirklichen Absagen erhalten.

Fazit: 40 Einladungen, 4 Besucher, das sind immerhin 10%.

Würden wir das auf den Wahlkampf beziehen, ein Topwert. In der Mitgliederarbeit ist das eigentlich eine Katastrophe.

Als KV wollten wir das Treffen nutzen, um die Neuen in unsere Arbeit bezüglich der Mitgliedererziehung einzubeziehen.

Als gegen 18.30 Uhr klar war, dass alle da waren, die kommen wollten, quasi das akademische Viertel zweimal abgelaufen war, begrüßte der Kreisvorsitzende Eckhard Bauer-schmidt alle Anwesenden und erläuterte die Intensionen für diese Veranstaltung.

Zwischendurch versorgte, der ewige Versorger der Partei, Herbert Bach-



mann, alle Anwesenden mit lecker Thüringer Bratwürsten und Getränken.

Aufgrund der geringen Zahl an Neumitgliedern entwickelte sich eine eher lockere Gesprächsrunde. Hauptsächlich aktuelle Welt- und Parteipol-

itik. Eine angenehme Diskussionsrunde unter Parteigenossen ist immer eine schöne Sache. So auch diesmal. In der Diskussion fiel es nicht auf, dass hier auch die „Neuen“ mitdiskutierten. Das politische Verständnis hatte ein sehr hohes Niveau. Alle haben sich eingebracht und immer wieder neue Impulse für die Diskussion geliefert. So merkten wir gar nicht, wie schnell es dann halb zehn geworden ist. Gegen zehn Uhr verließen die letzten das Gelände. Trotz der geringen Teilnehmerzahl werte ich dieses Treffen als einen Erfolg. Hier wurde Parteipolitik in einer sehr schönen Umgebung mit Mitgliederbetreuung auf einem tollen Niveau praktiziert. Dafür, dass so wenige Neumitglieder unserer Einladung gefolgt sind, gibt es sicher gute Gründe.

Dienstagabend hat der eine oder die andere vielleicht auch ganz andere Dinge zu tun. Vielleicht Familie, vielleicht Arbeit, wer weiß das schon. Auf alle Fälle werden wir dran bleiben. Es wird immer wieder solche Angebote

geben. Mein besonderer Dank geht an Herbert Bachmann. Wie immer hat Herbert die Rundumversorgung mit Brauvor gemeistert. Danke Herbert.

Thomas Schneider

Besuch in der Partnergemeinde Vouzier in Frankreich

Gräfenroda hat seit 1972 Beziehungen zu einer Stadt in den französischen Ardennen.

Die Städtepartnerschaft besteht schon seit 1972, sie wurde damals durch den Gräfenrodaer Schuldirektor Herrn Triebenecker und den damaligen ehrenamtlichen Bürgermeister Ms. Boudier (ein Deutsch-Lehrer) begründet, die sich auf einer Lehrerkonferenz kennengelernt haben. Zum Jahrmarkts-Wochenende in Vouzier war durch die Stadtverwaltung und das Komitee für Städtepartnerschaften eine Gräfenrodaer Delegation eingeladen. Vom 2. bis 5. Juni war ich deshalb mit

dem unserem Bürgermeister, dessen Frau und einem weiteren Vertreter des Gräfenrodaer Vouzier-Vereins in Vouzier zu Besuch. Da wir auf dem Weg

gut kamen noch war, wir Abstemach um uns Ge-



denkstätte und das Beinhaus anzuse-

hen, das zur Erinnerung an die Schlachten des 1. Weltkrieges geschaffen wurde. Das war für mich schon sehr beeindruckend.

Ich persönlich habe 1984 die erste Gräfenrodaer Jugenddelegation nach Vouziers geleitet und es war schön, meine Gasteltern von damals wiederzusehen. Die Gastmutter, bei der ich untergebracht war, war damals als Kindergärtnerin im städtischen Kindergarten tätig, der übrigens damals schon in kommunaler Verwaltung und kostenfrei war. Die Töchter des Hauses waren damals Germanistik-Studentinnen und sind heute als

Deutsch-Lehrerinnen tätig. Ich war bei diesmal bei Corinne und Nathalie zu Besuch.

Das Freundschaftskomitee in Vouzier hat trotz Überalterung der Mitgliedschaft keine Mühen gescheut uns ein tolles Programm zusammenzustellen und uns Vouzier und seine Umgebung vorzustellen. Dazu gab es intensive Unterstützung durch Bürgermeister und Stadtverwaltung von Vouzier. Auf Wunsch unserer Delegation wurde zum Beginn des ersten Besuchstages eine „Le petonque“-Wettkampf durchgeführt.

Frank Fiebig hat abends ein Radrennen gestartet, wir haben einen Naturpark besucht und wurden von unseren Gastgeber rundum verwöhnt.

Ein Besuch des Deutschen Soldatenfriedhofs in Vouzier, auf dem 3200 deutsche Kriegsteilnehmer des 1. Weltkrieges bestattet sind, darf in solch einem Programm natürlich auch nicht fehlen.

Ich erinnere mich noch gut an meinen ersten Besuch 1984. Wir waren dort mit einer Jugenddelegation für eine Woche zu Besuch und ich war als erfahrener Jungentourist –Reiseleiter als Leiter der Delegation eingesetzt.

Auch damals schon gab es einen Empfang im Rathaus mit Champagner, der dort in der Nähe hergestellt wird und Kuchen.

Ich konnte Ginette vom Freundschaftskomitee (inzwischen 78 Jahre alt, spricht aber gut deutsch, da sie immer zur Spielwarenmesse in Nürnberg ausgestellt hat) erzählen, das ich mich noch daran erinnere, wie ihr inzwischen verstorbener Mann uns erzählt hat, dass er erst in die DDR kommt, wenn er alle 15 Sowjetrepubliken bereist hat. Wir haben damals nämlich seine kleine Fabrik besichtigt, die Schiffsmodellbaukästen hergestellt hat.

Bürgermeister, Präsidentin des Freundschaftskomitees und Stadtratsvorsitzende beim Empfang im Rathaus

Beim offiziellen Empfang im Rathaus wurde durch Bürgermeister und Freundschaftskomitee der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die Beziehungen aufrechtzuerhalten und weiterzuführen. Da Vouzier eine linke Regierung hat, war nachdem Claude das Amt des Bürgermeisters übernommen hat, das Interesse da, die Partnerschaft weiterzuführen, auch wenn die Begründer der Partnerschaft teilweise schon nicht mehr leben.

Mit einer Deutsch-Lehrerin als Präsidentin des Komitees ist da von französischer Seite eine gute Basis gegeben. Wir wollen auch junge Leute aktivieren.

Es ist vorgesehen, dass Gräfenroda im August, wenn Besuch aus Frankreich erwartet wird, einen Platz nach unserer Partnerstadt benennen wird. Den in Vouzier gibt es auch einen Gräfenrodaer Platz.

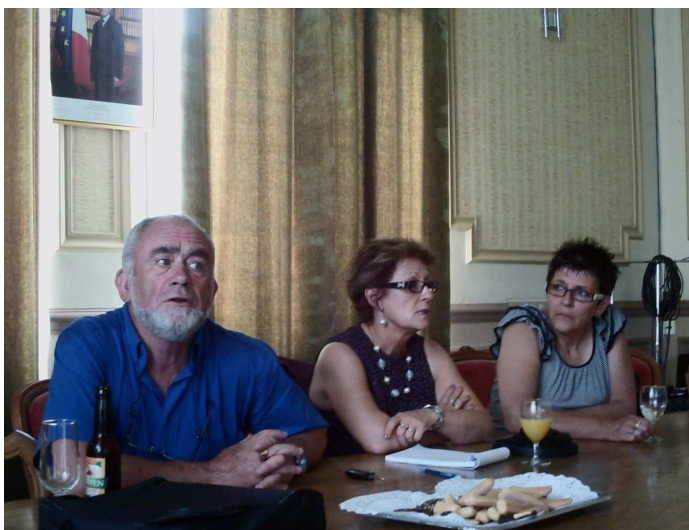
Falls von Euren Kindern und Enkeln jemand gern einen französische Brieffreundin/Brieffreund haben möchte würde ich das gern über die Deutsch-Lehrerinnen vermitteln.



Eine lockere Rund Boule bietet sich an, um nebenbei städtepartnerschaftliche Themen zu besprechen



Der Gräfenrodaer Bürgermeister Frank Fiebig auf dem Soldatenfriedhof



Bürgermeister, Präsidentin des Freundschaftskomitees und Stadtrats-Vorsitzende beim Empfang im Rathaus

Vera Diller

Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion

In den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 erdröhnten an der Westgrenze der UdSSR tausende von Flugzeug-, Panzer- und Automotoren. Eine Militärmaschinerie, die alles, was der seit 1936 in Europa tobende Krieg sah, in den Schatten stellte, drang ohne Kriegserklärung und unter Bruch des erst 2 Jahre alten Nichtangriffsvertrages in die UdSSR ein. 3,8 Millionen Soldaten eröffneten den Krieg des faschistischen Blocks gegen die UdSSR.

Die Brutalität und der Vernichtungswille des Faschismus, die sich besonders in Polen, Jugoslawien und Griechenland bereits in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß gezeigt hatten, wurden nun ins Unermessliche gesteigert. Von der ersten Minute an, ja noch davor, richtete sich der Krieg rücksichtslos gegen jede Form des Lebens, eine Schonung der Zivilbevölkerung war nicht nur nicht vorgesehen, sondern ihr wurde befehlshaft widersprochen. Der absolute Vernichtungskrieg hatte begonnen! Der ungezügelt Vernichtung menschlichen Lebens stand nichts mehr entgegen!



gen!

Im Zweiten Weltkrieg fanden den Tod:
 23 Millionen Bürger der Sowjetunion –
 Angehöriger aller Nationen der UdSSR
 13.200.000 Bürger Chinas
 2.600.000 Bürger Japans
 520.000 Franzosen fanden den Tod

400.000 Bürger Italiens
 450.000 Bürger Großbritanniens und des Commonwealth
 325.000 US-Amerikaner
 364.000 Tschechen und Slowaken
 1.600.000 Bürger Jugoslawiens
 6.028.000 Bürger Polens
 9.700.000 Bürger Deutschlands
 240.000 Bürger Rumäniens
 200.000 Bürger Ungarns
 425.000 Bürger Griechenlands und hunderttausende Bürger Finnlands, Norwegens, Bulgariens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Belgiens, Spaniens, der Nordafrikanischen Gebiete, Äthiopiens, Indiens, der Philippinen, Indonesiens, der Mongolei und Brasiliens.

Zum 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion trafen sich einige Arnostädterinnen und Arnostädter, darunter auch ehemalige Bürger der Sowjetunion, zu einer kleinen Gedenkfeier auf dem Arnostädter Friedhof. Danach fanden noch einige Menschen den Weg nach Espenfeld, um den dort beerdigten Opfern der Nazibarbarei die Ehre zu geben.

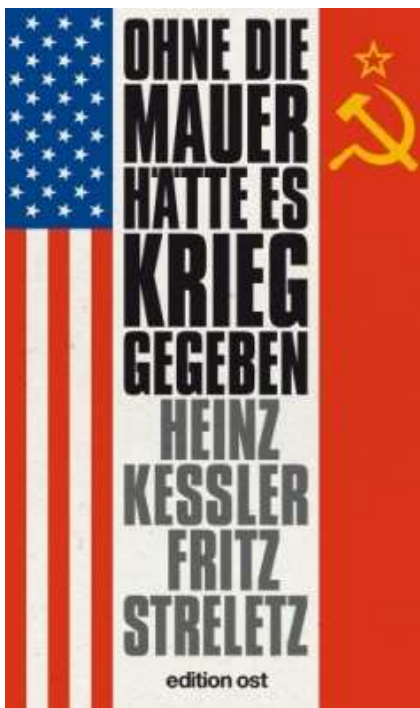
„Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“

„Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben“, so der Titel des Buches von Heinz Kessler und Fritz Streletz zu einem aktuellen Thema. In diesem Buch geht es nicht schlechthin um das Datum des 13. August 1961. Kessler und Streletz erinnern sich als Zeitzeugen und aus ihrer Kenntnis, ihrer Verantwortung als Verteidigungsminister der DDR bzw. als Chef des Hauptstabes des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR. Auf den 220 Seiten dieses Buches, soeben erschienen im Verlag edition ost, schildern sie den Weg, der zu diesem Datum führte und widerlegen eindeutig die Legende „vom Mauerbauer Walter Ulbricht“.

In den einzelnen Kapiteln dieses Buches geht es um die „Die Vorgeschichte“, „Die militärischen Planungen des Westens“, „Die sogenannte zweite Berlin-Krise“, „Der 13. August 1961 aus der Sicht der DDR“, „Die Maßnahmen und die Folgen“.

Interessant sind auch die Anlagen zu diesem Buch. Die Originaldokumente belegen noch einmal die Erinnerungen von Kessler und Streletz. Damit wird erneut deutlich, wer das Sagen in militä-

rischen Fragen hatte. Nicht die DDR, sondern die führenden Militärs des War-



schauf Vertrages. Die Marschälle der Sowjetunion Gretschno und Konew.

Interessant ist auch das Gesprächsprotokoll mit dem 89-jährigen Generaloberst Mereschko, der 1961 als Oberst in der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland an den Grenzsicherungsmaßnahmen aktiv beteiligt war. Nicht unerwähnt bleiben soll das Gespräch Chruschtschow-Ulbricht vom 1. August 1961.

Es bleibt festzustellen, wie es auf dem Rücktitel dieses Buches heißt: „Die beiden ranghöchsten DDR-Militärs, die noch Auskunft geben können, analysieren mit dem Wissen von heute und der Erfahrung von damals, was um 1961 geschah.“

Es ist ein Buch gegen die Lügen und Geschichtsverfälschungen, die auch nach 50 Jahren Hochkonjunktur haben. Man sollte es gelesen haben, um der Wahrheit Willen.

Jochen Traut

Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zeitzeugen und Dokumente geben Auskunft.
 Edition ost
 ISBN 978-3-360-01825-0. 224 Seiten
 12,5 x 21,0 cm broschiert

Der Verwandte des Glasbläfers

Zum 100. Geburtstag des Malers Otto Knöpfer

Otto Knöpfer (geboren am 13. März 1911 in Arnstadt, gestorben am 22. Mai 1993 in Erfurt) blieb für den befreundeten Dichter Kurt Steiniger immer »der bescheidene und offene ›Junge‹ aus Holzhausen«, der nicht das Volk entdecken musste, denn er lebte im Volk, war Teil von ihm.

Die Armut und die aufopferungsvolle Mühe, mit der seine Mutter – sein Vater starb 1919 – diese zu mildern suchte und sich sorgte, prägten mit der Liebe zur Mutter ebenso sein Zugehörigkeitsgefühl zu den »einfachen« Menschen. Da Knöpfer seinen unmittelbaren Lebensort mit Land und Leuten und mit allem, was da kreucht und fleucht, zeichnerisch erkundete, entfaltete sich sein

Realismus naturwüchsig. Der dörflichen Thematik blieb er zeitlebens treu.

Als Knöpfer, bevor er 1951 nach Erfurt übersiedelte, mit seiner Familie nach 1945 in Schmiedefeld am Rennsteig bei den Eltern seiner Frau Erna wohnte, begleitete er oft den Schwiegervater, einen Glasbläser, zur Hütte. Über das »reine Augenerlebnis« des realen Arbeitsprozesses in den Glashütten von Schmiedefeld und über den tiefen Respekt vor der schweren und zugleich kunstvollen Arbeit gelangte er zu bildhaften Verallgemeinerungen, aus denen der »Glasbläser« von 1950 herausragt.

In diesem sinnbildhaften Gemälde gestaltete Knöpfer, wie sich dieser in seiner Tätigkeit einsetzt,

wie er mit ihr eins wird, sich in ihr »werktätig verdoppelt« (Karl Marx). Darin sah sich Otto Knöpfer als Künstler seinem Verwandten, dem Glasbläser, gleichfalls verwandt.

Ein Jahr später traf ihn dennoch der Vorwurf, seine Glasbläser seien »ausdruckslos oder verzerrt«, »für unsere Werktätigen geradezu eine Beleidigung«, und er habe »das Neue noch nicht verstanden«.

Die Darstellungswürdigkeit des Volkes und der Heimat wurde bis

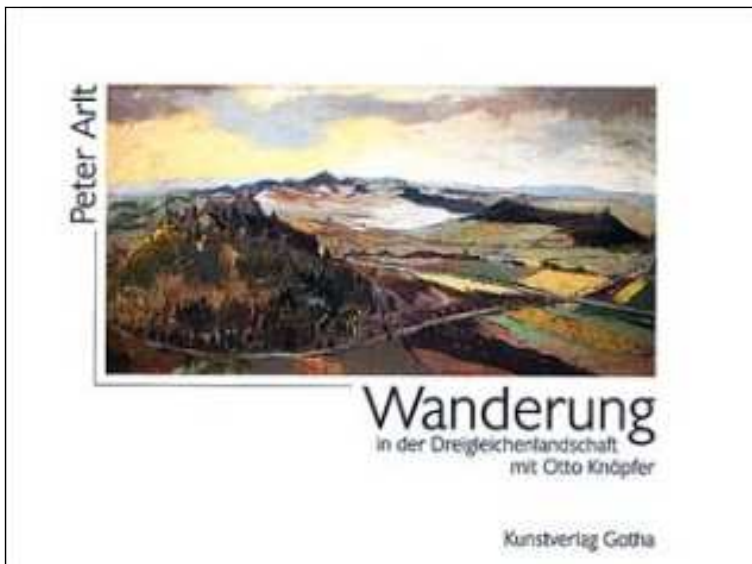
sehen, die im Schatten, am Rande der Gesellschaft stehen, deren Werte verborgen bleiben. Sie besaßen sein solidarisches Empfinden. Das Geringste zu achten und ihm das Recht zu verleihen, in seinen Bildern bevorzugt Platz zu finden, spricht für ein tiefes Gerechtigkeitsempfinden und für eine ganz ursprüngliche demokratische Gesinnung.

Unzählige Male wanderte er im Laufe seines Lebens mit Baskenmütze und Thermosflasche in der

Drei-Gleichen-Landschaft. Begeistert zeichnete, aquarellierte und malte er die artenreiche Pflanzenwelt, den Keuperhang, die Kalkbergböschung wie ebenso die Silhouette der Berge und Burgen sowie den Blick ins weiträumige Drei-Gleichen-Gebiet. Mit seinen Bildern ist Otto Knöpfer ein beredter Wanderführer durch diese schöne

Hügellandschaft. Besonders gern nahm er den Weg, der jetzt seinen Namen trägt. Dieser typische Malerweg lädt mit reizvolle Nahsichten und vielfältige Fernsichten in alle Himmelsrichtungen zu wunderbaren Wanderungen ein.

Peter Arlt



Mitte der 1960er Jahre in der DDR mit unsäglichen Prinzipien und Stilvorschriften belastet. Otto Knöpfer ließ sich nicht irre machen und schuf weiterhin volksverbundene Kunst, die folglich nicht auf eine durch die Bitterfelder Konferenzen (1959 und 1964) »staatlich verordnete populistische Gestaltungsweise« – wie es heute heißt – verkürzt werden kann.

Ein Anker im Boden der Volksverbundenheit Knöpfers waren jahrzehntelang die Freitagnachmittage mit den Freunden seines Malzirkels, mit denen er gemeinsam in der Landschaft der Drei Gleichen zeichnete und malte. Hier war er daheim. Darstellenswert waren ihm die Pflanzen am Wegesrand. Sie erinnern an Men-

Weiterführende Literatur:

Peter Arlt: Wanderung in der Dreigleichenlandschaft mit Otto Knöpfer. Kunstverlag Göttingen 1997 (2. Auflage 1998, 3. weiter verbesserte Auflage 2006), 168 Seiten mit 22 Landschaftsfotos. Preis 14,24 Euro (Tel. 036256-280167)

„Linkes ECHO“ bedankt sich bei der ebenfalls Linken „Klarsicht“ aus Göttingen, aus der wir den interessanten Beitrag entnehmen konnten.

Gedanken zum Kindergarten-Neubau in Gräfenroda

Als Gemeinderätin mache ich mir schon einige Zeit Sorgen zu diesem Thema. Ich befürchte, dass in einigen Jahren die Eltern zu mir kommen, um zu fragen, warum habt Ihr beim Neubau des Kindergartens Dieses und Jenes nicht bedacht – und ich dann für mich feststellen muss, ich war so mit der Verarbeitung der Unterstellungen beschäftigt, wir würden den Gräfenrodaer Kindern mit dem Neubau einer Kindertagesstätte nichts Gutes tun wollen, dass für kreative Gedanken zum Neubau keine Kraft mehr vorhanden war.

Wie sich herausstellt, war es nicht klug, die Veranstaltung des Gemeinderats mit dem Personalrat und der Elternvertretung zur ausführlichen Behandlung des Themas, zu dem der ehemalige Landrat Herr Dr. Senglaub als Versammlungsleiter gewonnen werden konnte – nicht öffentlich durchzuführen. Danach hatten die Gemeinderäte den Eindruck, nun ist die Basis für ein gemeinsames Projekt gegeben. Leider wurde dieser Eindruck durch einen Brief der Eltern und Großeltern an die Gemeinderäte schnell entkräftet. Es war auch ein unglücklicher Vorgang, dass der Bürgermeister den Tagesordnungspunkt zum pädagogischen Konzept in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung verschoben hatte. Der Tagesordnungspunkt konnte nicht behandelt werden, da das Konzept noch nicht vorliegt. Der Gemeinderat wurde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung nur über den Stand Vorbereitung der Beschlussfassung zur Vergabe der Planungsleistungen informiert.

Schon der vorherige Gemeinderat hatte beschlossen, im Bereich des ehemaligen Keramik-Geländes Flächen für einen Kindergarten-Neubau zur Verfügung zu stellen.

Mir war dann auch bekannt, dass es massive Bedenken seitens der Eltern zu diesem Standort gab – wobei ich an einer zentralen Lage mitten im Ort, am Rande eines Mischgebietes zum Wohngebiet hin - nichts Negatives

finden kann. Nach einer Besichtigung des Geländes mit dem Gemeinderat waren meine Bedenken zerstreut, da ich mich persönlich davon überzeugen konnte, dass der Kindergarten in dem Bereich gebaut wird, der erst Anfang der 70er Jahre dem Keramik-Gelände zugeschlagen wurde, wo sich vorher Wiesen und Gärten befanden, in denen ich als Kind gespielt hatte. Die zugehörige Gartenhütte stand Anfang der 90er Jahre immer noch dort. Da ich auch zeitweise bei der Keramik beschäftigt war, kenne ich die Verhältnisse.

zige Wiesenweg-Kindergarten liegt auch direkt neben einem Fabrik-Gebäude, das permanent Geräusche verursacht.

Ich selbst und mein Sohn haben den Kindergarten Wiesenweg besucht. Ich persönlich habe nur positive Erinnerungen an meine Kindergartenzeit, z. B. dass ich es genossen habe unter Bäumen zu frühstücken und viel im Garten zu spielen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob ich mich in einem schicken Neubau nicht genauso wohl gefühlt hätte. Ich habe ebenso positive

Erinnerungen an Spiele im Garten des Nachbarn, der später zum Keramik-Gelände zugeordnet wurde - wie z. B. das Beobachten der Forellen im Mühlgraben, den Blick auf das Wasserschlosschen, in das ich mir meine Prinzessinnen hinein-fantasiert habe.

Die Gemeinde Gräfenroda betreibt ja zwei Kindergärten. Mit der Eröffnung des Kindergartens Burgstraße hatte es Gräfenroda ja sogar in die Meldungen der Aktuellen Kamera geschafft. Dies ist mir in Erinnerung, da ich mit dem Jugendblasorchester damals an der Eröffnungsfeier beteiligt war. Zu diesem Kindergarten habe ich keine persönlichen Beziehungen, schon eher zum evangelischen Kindergarten, der sich in der Nähe des neu zu errichtenden Kindergartens befindet, da ich im Haus gegenüber aufgewachsen bin.

Doch man sollte nicht Erinnerungen nachhängen, sondern in die Zukunft blicken.

Ich würde mich freuen, wenn von den Eltern und Großeltern langsam ein paar konkrete Wünsche zur Ausgestaltung des neuen Kindergartens kommen würden und nicht nur Unterstellungen gegenüber den Gemeinderäten.

*Vera Diller
 Fraktionsvorsitzende „Die Linke“
 Gemeinderat Gräfenroda*

Sozial auch nach der Wahl!
DIE LINKE.
Kämpft
 Für sichere Arbeitsplätze, den Mindestlohn und bessere Bildung für alle. Gegen soziale Benachteiligung und die Zweiklassen-Medizin. Konzerne und Reiche höher besteuern, damit es hierzulande endlich gerecht zugeht.
www.fuer-gerechtigkeit.de

Ab den 70er Jahren bis zur Wende wurden keine bleihaltigen Glasuren verarbeitet, da die hergestellten Gefäße ja für Lebensmittel verwendbar sein sollten. So dass eine Belastung des Bodens mit Blei in diesem Bereich äußerst unwahrscheinlich ist.

Weiterhin gibt es Bedenken, dass die Lärmbelastung durch den nahe liegenden Supermarkt für die Kinder unangenehm sein könnte. Ich kann mich nicht erinnern, dass mich beim Spielen im Garten die Geräusch-Kulisse des damals direkt angrenzenden Betriebes deutlich gestört hätte. Der jet-

Termine im Monat Juli**Stadt-/Kreisvorstandssitzungen:**

- 04.07.11 19.00 Uhr Stadtvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 16.06.11 19.00 Uhr Kreisvorstand. Arnstadt, Zimmerstraße 6; LinXX.Treff

Fraktionssitzungen:

- 05.07.11 17.00 Uhr Stadtratsfraktion. Ilmenau, Topmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 18.07.11 17.00 Uhr Stadtratsfraktion. Arnstadt, Zimmerstraße 6; Geschäftsstelle DIE LINKE


Basisorganisationen:

- 22.07.11 18.00 Uhr BO-Versammlung. Ichnershausen, Wilhelm-Hey-Straße 2; Gaststätte „Zur Alten Bäckerei“

Stadtrats-/Kreistagssitzungen:

- 07.07.11 16.00 Uhr Stadtrat. Ilmenau, Rathaus


DIE LINKE.**Weitere Veranstaltungen:**

- 01.07.11 bis „Lasst unsere Schule im Dorf!“
- 31.07.11 Bürgerinitiative zum Erhalt der Schule in Stützerbach
- 02.07.11 10.00 Uhr Sommerfest 2011 DIE LINKE.Thüringen. Elgersburg, Hotel „Am Wald“
- 04.07.11 18.00 Uhr Stammtisch zur Bildungspolitik der LINKEN mit der bildungspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE, Michaela Sojka. Ilmenau; „Altmarktschenke“
- 05.07.11 17.00 Uhr Veranstaltung: DIE LINKE und die Religion. Erfurt, Eugen-Richter-Straße 44; Landesgeschäftsstelle DIE LINKE.Thüringen
- 13.07.11 15.00 Uhr Mieten- und Rentensprechstunde. Ilmenau, Topmarkt 4; Geschäftsstelle DIE LINKE
- 16.07.11 18.00 Uhr José Martí – Mensch, Poet, Befreiungskämpfer. Eine Veranstaltung mit Alexis Fernández Acre, Havanna; der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen. Ilmenau, Am Großen Teich 2; Schüler- und Freizeitzentrum
- 

Büros im ILMkreis:

Geschäftsstelle Die LINKE Arnstadt; Zimmerstraße 6; Tel./Fax: 03628/602795;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr; Montags 16 bis 18 Uhr

Geschäftsstelle Die LINKE Ilmenau; Topmarkt 4; Tel./Fax: 03677/893015;
Sprechzeiten: Montags bis Freitags von 9 bis 11 Uhr

Wahlkreisbüro der MdL Sabine Berninger in Arnstadt;
Zimmerstraße 6; Tel: 03628/660624 - Fax 03628/660771; E-Mail: WKB-Berninger@t-online.de; www.sabineberninger.de

Wahlkreisbüro der MdL Petra Enders in Ilmenau
Topmarkt 4 Tel: 03677/209873 - Fax: 03677/461549; E-Mail: info@petraenders.de; www.petraenders.de

www.die-linke-ilmkreis.de